

Die Kommunalwahl 2026 in Bayern

Eine Wahlnachlese von Mehr Demokratie e.V.

München, 31.03.2026, von Gabriel Baunach

EINLEITUNG

Diese Wahlnachlese des Fachverbands Mehr Demokratie e.V. zur bayerischen Kommunalwahl, die am 8. März 2026 mit Stichwahlen am 22. März 2026 stattfand, besteht aus zwei Teilen: In Teil 1 analysieren wir die Wahlergebnisse, so wie sie Ende März vorliegen. In Teil 2 blicken wir auf Felder, in denen wir demokratische Reform- und Fortschrittspotenziale sehen: mehr und frühere Bürgerbeteiligung, (Frauen-)Gleichberechtigung in der Kommunalpolitik und das Wahlrecht beziehungsweise die Ansprache junger Menschen und EU-Bürgerinnen und -Bürger. Den Abschluss bildet ein kurzes Fazit.

TEIL I - Einordnung der Ergebnisse

Zunächst zur Wahlbeteiligung der rund 10,1 Millionen Stimmberechtigten, die bei dieser Kommunalwahl erfreulich hoch war: Bei den Stadtrats- und Kreistagswahlen lag sie landesweit bei 63,4 Prozent, also 4,8 Prozentpunkte höher als 2020. Zugleich blieb der Unterschied zwischen Stadt und Land deutlich: In den kreisfreien Städten betrug die Beteiligung 53,5 Prozent, in den Landkreisen 67,4 Prozent. Auch bei den Personenwahlen zeigte sich eine Schieflage: Im ersten Wahlgang erreichten die Oberbürgermeisterwahlen in den kreisfreien Städten 53,6 Prozent, die Landratswahlen dagegen 67,2 Prozent; in den Stichwahlen sank die Beteiligung auf 44,1 Prozent in den Städten und 51,9 Prozent in den Landkreisen.

Dabei deuten erste Zahlen aus den Städten auf einen neuen Briefwahl-Rekord hin. In München wurden beispielsweise im ersten Wahldurchlauf knapp 58 Prozent der Stimmen per Briefwahl eingereicht.

CSU muss einstecken

Für die CSU war die bayerische Kommunalwahl 2026 keine Routinewahl. Wer die amtlichen Ergebnisportale neben die großen Ergebniskarten der Medien legt, sieht rasch das Muster: Diese Wahl hat die kommunalpolitischen Kräfteverhältnisse merklich verschoben. Die CSU bleibt in Bayern zwar eine

zentrale kommunale Macht. Immerhin kommt sie auf Ebene der Gremien landesweit auf knapp ein Drittel aller Stimmen (32,5 Prozent), doch ihr Selbstverständnis als nahezu natürliche Trägerin lokaler Macht und Spitzenämter hat Risse bekommen. Die Freien Wähler gewannen gerade dort, wo Bayern lange als CSU-Land galt. Sie bekamen landesweit 12,1 Prozent der Stimmen für die Gremien. Die AfD rückte in Kreistagen und Stadträten zwar stark vor und erzielte landesweit ein Ergebnis von 12,2 Prozent, das heißt ein Plus von 7,5 Prozent gegenüber 2020. Aber den bayernweit zweiten und dritten Platz verpasste die Partei, die auch in Bayern als rechtsextremer Verdachtsfall gilt, knapp gegen die Grünen mit 13,6 Prozent und die SPD mit 12,3 Prozent. Darüber hinaus erzielten gemeinsame Wahlvorschläge, lokale Bündnisse und Wählergruppen 17,3 Prozent der Stimmen und zeigten erneut, dass eine Kommunalwahl nicht einfach eine verkleinerte Landtagswahl ist.

Die AfD legt zu - besonders in Ost-Bayern und Schwaben

Die AfD war dabei nicht überall gleich stark. In den kreisfreien Städten kam sie bei den Gremienwahlen auf 9,3 Prozent, in den Landkreisen auf 13,2 Prozent. Regional lagen ihre gewichteten Stimmenanteile besonders hoch in Niederbayern mit 15,4 Prozent und in Schwaben mit 14,5 Prozent; ebenfalls überdurchschnittlich waren Oberfranken mit 14,0 und Unterfranken mit 12,5 Prozent. Besonders hohe Werte erreichte die Partei etwa im Landkreis Günzburg mit 19,6 Prozent und im Unterallgäu mit 17,4 Prozent. Die oft geäußerte These, die AfD habe frühere Nichtwähler mobilisiert, ist vor diesem Hintergrund plausibel: steigende Wahlbeteiligung und kräftige AfD-Zuwächse fallen in den genannten Regionen zusammen. Kausal beweisen lässt sich das aus den amtlichen Aggregatdaten allein allerdings nicht. Gesichert ist nur: Die AfD ist in der kommunalen Fläche angekommen - vor allem im Osten Bayerns und in Teilen Schwabens. Die große Geschichte dieser Wahl lautet aber nicht nur: mehr AfD. Sie lautet auch: mehr kommunale Diversität. Und das liegt auch an direkten Duellen zwischen CSU und FREIE WÄHLER.

Freie Wähler schlagen CSU-Kandidierende

Bei den Oberbürgermeister- und Landratsämtern in kreisfreien Städten und Landkreisen hält die CSU nach der Wahl erstmals weniger als die Hälfte der Spitzenämter, nämlich 43 von 96 Positionen. Zuvor waren es noch 58. Bei den Landratsämtern allein können die Freien Wähler ihre Zahl von 14 auf 28 verdoppeln.¹ Vor allem aber legten "Sonstige" - also gemeinsame

¹) Hinweis: Die FREIEN WÄHLER verwenden eine weitgefaste Zählweise, die zum Beispiel politisch nahe Teile von Wählergruppen und Kandidierende von hinteren Listenplätzen mit einschließt. Es kann daher zu vermeintlichen Unstimmigkeiten zwischen den Zahlen des Landesamts für Statistik und den durch die Parteien kommunizierten Ergebnissen kommen.

Wahlvorschläge, Wählergruppen und andere nicht klassisch parteiförmige Angebote – von 18 auf 30 zu.

In den 29 Landrats-Stichwahlen vom 22. März gewannen die Freien Wähler 17 Mal, die CSU nur neun Mal; ein Posten ging an die Grünen, zwei an sonstige Wählergruppen. Noch schärfer wird das Bild, wenn man nur die direkten CSU-FW-Duelle betrachtet: In der amtlichen Übersicht der Landrats-Stichwahlen gewannen FW-Kandidaten 16 von 20 direkten Duellen gegen die CSU; nur vier Mal setzte sich die CSU durch. Selbst im Landkreis Aichach-Friedberg, wo die amtliche Tabelle gerundet 50,0 zu 50,0 ausweist, gewann am Ende der FW-Kandidat – mit nur 22 Stimmen Vorsprung!

Warum die Freien Wähler so stark waren, lässt sich nicht monokausal erklären. Die naheliegendste Deutung liefert die Politikwissenschaftlerin und Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing Prof. Dr. Ursula Münch: Weniger Hubert Aiwanger persönlich und vielmehr lokal verankerte Kandidaten und eine sinkende Bindung an Parteien hätten den Ausschlag gegeben. Diese Lesart passt zu den Zahlen. Dort, wo Persönlichkeiten, lokale Listen und überparteiliche Konstellationen eine große Rolle spielten, war die CSU angreifbar.

Amtsbonus und Amtsmalus

Der klassische Amtsbonus wirkte 2026 oft erstaunlich schwach. Gerade die Stichwahlen zeigten, dass selbst etablierte Amtsinhaber nicht mehr auf eine mancherorts fast automatische Zweitrundenlogik bauen können. Das gilt auch für die großen Städte. Nimmt man die vier größten Städte Bayerns nach Einwohnerzahl – München, Nürnberg, Augsburg und Regensburg –, dann ist nach dieser Wahl nur noch Nürnberg in CSU-Hand. In München gewann Dominik Krause von den Grünen die Stichwahl mit 56,4 Prozent gegen den langjährigen SPD-Oberbürgermeister Dieter Reiter. In Augsburg setzte sich der SPD-Kandidat Florian Freund mit 56,58 Prozent gegen die bisherige CSU-Oberbürgermeisterin Eva Weber durch. In Regensburg gewann Thomas Burger für die SPD die Stichwahl mit 53,3 Prozent gegen die CSU-Kandidatin Astrid Freudenstein. Nürnberg dagegen blieb bei der CSU: Marcus König wurde mit 55,5 Prozent wiedergewählt. Für die CSU ist das symbolisch schwerer als mancher verlorene Landkreis: In den politisch sichtbarsten urbanen Räumen schrumpft ihr Zugriff.

Die vielen Aufholjagden zwischen erstem und zweitem Wahlgang sind deshalb kein bloßes atmosphärisches Detail, sondern ein Kern dieser Wahl. Ganz neu ist das Phänomen nicht: Schon 2020 wurden 34 der 96 Oberbürgermeister- und Landratsämter erst in der Stichwahl entschieden. Dieses Mal waren es sogar 46. Der Trend geht somit zur Stichwahl. Und zur Aufholjagd: In München gewann Krause zwischen erstem und zweitem Wahlgang über einhunderttausend

Stimmen hinzu, Reiter dagegen nur knapp achttausend. Und in Regensburg drehte Thomas Burger für die SPD einen deutlichen Rückstand aus dem ersten Wahlgang noch in einen Sieg.

Wohnen und Personen prägen das Wahlergebnis

War dies also eine Wahl der Personen und Gesichter statt der Parteien? Ja und nein: Diese Kommunalwahl war parteipolitisch auf der Ratsebene, aber stark personalisiert auf der Ebene der Exekutivämter. Das passt zum BayernTREND vor der Wahl: Zwölf Prozent trauten gerade "anderen Parteien, lokalen Wählervereinigungen, Bürgerbündnissen und Listen" am ehesten die Lösung kommunaler Probleme zu, und ganze 26 Prozent konnten überhaupt keinem Angebot besondere kommunale Kompetenz zuschreiben.

Die kommunalen Probleme wurden im BayernTREND unmittelbar vor der Wahl zahlreich benannt: Besonders schlecht wurde die Lage am Wohnungs- und Mietmarkt bewertet; nur 30 Prozent äußerten sich hier zufrieden, 57 Prozent unzufrieden. Kritisch sahen viele auch den öffentlichen Nahverkehr mit 44 zu 48 Prozent, den Zustand von Straßen, Brücken und Radwegen mit 51 zu 48 Prozent und – gespalten, aber konfliktträchtig – die Integration von Ausländern mit 50 zu 37 Prozent. Hinzu kommt ein fiskalisches Motiv: 49 Prozent gaben an, finanzielle Engpässe und Sparmaßnahmen in ihrer Stadt oder Gemeinde im Alltag zu spüren. Die Fragestellung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing – Klimawandel, Migration, demografischer Wandel und die Frage, ob die Demokratie "im Kleinen" noch trägt – trifft damit den Ton der Wahl ziemlich genau. Ausschlaggebend für die meisten Stimmberechtigten waren nicht abstrakte Staatsreformdebatten, sondern sehr konkrete Fragen des Alltags vor Ort.

Wahlfälschung und Zustellpannen als Ausnahmen

Überschattet wurde die Wahl nachträglich durch einen gravierenden Sonderfall in Wülfershausen an der Saale in Unterfranken. Dort stellten die zuständigen Behörden nach der Wahl Unregelmäßigkeiten bei Briefwahlunterlagen fest. Betroffen waren Bürgermeister-, Gemeinderats- und Kreistagswahl. Und tatsächlich gab der bisherige Erste Bürgermeister Wolfgang Seifert von der CSU im Rahmen der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Schweinfurt zu, Briefwahlunterlagen manipuliert zu haben. Der Fall ist allerdings kein Beleg für ein generelles Problem der Briefwahl oder der Kommunalwahl 2026. Er zeigt aber, wie zentral eine konsequente Wahlprüfung für das Vertrauen in das demokratische Verfahren ist.

Auch Pannen bei der Zustellung von Briefwahlunterlagen überschatteten in einzelnen bayerischen Orten die Kommunalwahl, wie zum Beispiel in Passau, Weilheim, Rosenheim, Sonthofen im Allgäu oder dem Landkreis Starnberg. Die Fehler- und Pannenquote bei dieser Kommunalwahl lag allerdings im niedrigen Bereich dessen, was für eine so umfangreiche Wahl statistisch zu erwarten ist. Immerhin waren knapp 10,2 Millionen Wahlberechtigte im größten Flächenland Deutschlands aufgerufen, rund 39.500 kommunale Mandatstragende neu zu wählen.

TEIL II - Vorschläge für Verbesserungen

Wir als überparteilicher Verein für direkte Demokratie haben besonderes Augenmerk auf jene Orte gelegt, in denen eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger seit Anfang 2025 Bürgerentscheide gegen die Linie von Gemeinderäten, Bürgermeistern oder Landräten durchgesetzt haben. Der Vergleich der Zahlen aus unserer Bürgerbegehrensdatenbank mit den Ergebnissen der Kommunalwahl 2026 zeigt hier kein einheitliches Bild, aber ein klares Muster: Ein erfolgreicher Bürgerentscheid führt nicht automatisch zur Abwahl der politisch Verantwortlichen. Wo der Konflikt auf eine punktuelle Sachfrage begrenzt war, blieb häufig auch die große Wahlstrafe aus. In Marktleugast, Obermaiselstein, Sielenbach oder Trostberg - Orte, an denen in den 12 Monaten vor der Wahl Bürgerentscheide gewonnen wurden - lässt sich kein klarer Denkkzettel gegen Rathaus oder Ratsmehrheit erkennen. Dort erwies sich der Bürgerentscheid also eher als Korrektiv in einer Einzelfrage denn als Misstrauensvotum gegen die kommunalpolitische Führung insgesamt.

Konfliktreiche Bürgerentscheide als Vorboten der Wahl

Anders sah es dort aus, wo sich um ein umstrittenes Projekt ein tieferer Vertrauenskonflikt aufgebaut hatte. In Landsberg am Lech etwa verlor der CSU-Landrat nach dem erfolgreichen Bürgerentscheid zum Landratsamtsprojekt deutlich sein Amt. In Altertheim erlitt der Amtsinhaber nach dem Konflikt um das Gipsbergwerk eine klare Niederlage, in Altendorf brach die CSU nach dem Streit um den Windpark massiv ein und in Monheim wurde der bisherige Bürgermeister nach dem Konflikt um eine Erdaushub-Deponie abgewählt. Auch in Berg und mit Einschränkungen in Taufkirchen oder Obergünzburg zeigt sich: Wo Bürgerentscheide Ausdruck eines länger aufgestauten Konflikts zwischen Bürgerschaft und Rathausspitze waren, konnte daraus bei der Kommunalwahl sehr wohl eine politische Sanktion werden.

Für die kommunale Praxis lässt sich daraus zumindest eine vorsichtige Schlussfolgerung ziehen. In mehreren Orten entwickelten sich aus umstrittenen

Projekten größere Konflikte zwischen Teilen der Bürgerschaft, Bürgerinitiativen und der kommunalen Führung. Wo solche Auseinandersetzungen eskalierten, konnten erfolgreiche Bürgerentscheide später auch wahlpolitische Folgen haben. Frühzeitige, ernsthafte und ergebnisoffene Bürgerbeteiligung kann dazu beitragen, Auseinandersetzungen früher sichtbar zu machen, Alternativen rechtzeitig zu prüfen und politische Entscheidungen besser abzusichern. Aus Sicht von Mehr Demokratie spricht vieles dafür, dass ein Teil jener Konflikte, die zunächst in erfolgreichen Bürgerentscheiden und später sogar in Wahlniederlagen von Bürgermeisterinnen, Bürgermeistern oder Landräten mündeten, bei früherer Beteiligung womöglich weniger scharf eskaliert wäre. Bürgerentscheide bleiben damit ein wichtiges demokratisches Korrektiv – sie verweisen aber zugleich auf die Schwächen einer Kommunalpolitik, die Beteiligung erst dann ernst nimmt, wenn der Konflikt bereits offen ausgebrochen ist.

Altbekannte Barrieren halten den Frauenanteil niedrig

Beim Thema Frauen und Gleichberechtigung ist die Bilanz ernüchternd. Zwar kandidierten insgesamt 42.057 Personen für Stadträte und Kreistage, darunter 14.664 Frauen – also 34,9 Prozent. Doch gerade bei den kommunalen Spitzenämtern blieb die Unterrepräsentation massiv. Im amtlichen Bewerberheft weist die CSU für Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen 175 Kandidaturen aus, darunter nur 16 Frauen, das heißt weniger als 10 Prozent. Bei den Landratswahlen waren es 54 Kandidaturen, davon sieben Frauen. Nach der Wahl gibt es in keiner der 25 kreisfreien Städte Bayerns eine Oberbürgermeisterin mehr; 2020 waren es noch drei.

Als Barrieren gelten seit Jahren dieselben: zeitliche Vereinbarkeitsprobleme, männlich geprägte politische Strukturen und Netzwerke, ungünstige Listenplätze und die Furcht vor Anfeindungen. Dass daran trotz vieler Mobilisierungskampagnen bislang nur wenig geändert wurde, gehört zu den stillen, aber demokratiepolitisch folgenreichen Befunden dieser Wahl. Immerhin ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowohl im Grundgesetz als auch in der bayerischen Verfassung ausdrücklich festgeschrieben.

Junge Menschen können und wollen wählen

Etwas hoffnungsfroher ist schließlich der Blick auf die U18-Wahl des Bayerischen Jugendrings. Sie ist keine repräsentative Wahl, aber ein aufschlussreiches Stimmungsbild. Mehr als 30.000 Kinder und Jugendliche nahmen in diesem Jahr teil, begleitet von rund 350 stationären Wahllokalen und ersten digitalen Pilotprojekten. Das war fast eine Verdopplung gegenüber 2020. Bei den Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen kam die CSU bei den Unter-18-

Jährigen auf 29,0 Prozent, die SPD auf 24,3, die Grünen auf 10,8, sonstige Wählergruppen auf 10,4, die Freien Wähler auf 6,9 und die AfD auf 4,5 Prozent. Bei den Landratswahlen lag die CSU bei 34,2 Prozent, die SPD bei 16,0, die Freien Wähler bei 13,1, die Grünen bei 11,3 und die AfD bei 10,7 Prozent. Das ist kein Gegenbild zur realen Wahl, aber ein Hinweis: Die kommunale Nachwuchsperspektive ist in Bayern erkennbar plural, interessiert und stärker zur demokratischen Mitte hin orientiert, als es manche Debatte über Erstwählende vermuten lässt. Wir schlagen daher eine Absenkung des aktiven Wahlrechts bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre vor.

EU-Bürgerinnen und -Bürger nicht vergessen

EU-Bürgerinnen und EU-Bürger sind bei den Kommunalwahlen ausdrücklich wahlberechtigt, sofern sie die allgemeinen Voraussetzungen erfüllen, etwa ihren Wohnsitz seit mindestens zwei Monaten in Bayern haben. Dass diese Gruppe – immerhin fast eine Millionen Menschen – im Wahlkampf oft nur randständig vorkam, ist deshalb mindestens politisch bemerkenswert. Quantifizieren lässt sich das verschenkte Potenzial bisher nur begrenzt, weil die amtlichen Landesübersichten die Wahlbeteiligung nach Gebietstyp, nicht aber nach Staatsangehörigkeit ausweisen. Wer ein starkes Europa fordert, sollte unsere EU-Mitbürgerinnen und -Mitbürger gezielter ansprechen und in die Kommunalpolitik integrieren.

FAZIT

Bayern wird kommunalpolitisch beweglicher. Die Wählerinnen und Wähler haben der CSU ihre strukturelle Dominanz nicht genommen, wohl aber ihren Automatismus. Sie haben den Freien Wählern und lokalen Bündnissen neue Räume geöffnet. Sie haben der AfD, die in Bayern vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft wird, in Räten und Kreistagen ein deutliches Wachstum verschafft, ohne ihr jedoch den Durchbruch in die kommunalen Spitzenämter zu erlauben. Und sie haben gezeigt, dass Wechselbereitschaft, Personenwahl und lokale Problemlagen wichtiger werden. Das kann man bereits als frühes Signal für die bayerische Landtagswahl 2028 deuten.

Für Mehr Demokratie steckt in diesen Wahlergebnissen eine doppelte Botschaft: Erstens wird die bayerische Kommunalpolitik offener und umkämpfter, als es ihre alten Machtmuster vermuten ließen. Zweitens wächst gerade deshalb der Bedarf an mehr und früherer Beteiligung, strukturellen Reformen, um Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe in politischen Gremien und Ämtern zu

ermöglichen, einer Absenkung des Wahlalters, besserer Ansprache von EU-Bürgerinnen und -Bürgern und an (Dialog-)Verfahren, die kommunale Konflikte frühzeitig öffentlich und fair verhandeln. Reformbereitschaft erscheint nicht nur demokratisch geboten, sondern praktisch im Interesse der Amtsinhaber vor Ort – denn alte Gewissheiten wie Parteilogiken und der Amtsbonus wandeln sich.